

Wasser für alle – ein Geschäft für Private?

Der Druck auf die weltweiten Wasserreserven nimmt zu. Intensivlandwirtschaft und Industrieproduktion verbrauchen immer mehr Wasser. Sauberes Trinkwasser ist vielerorts bereits Mangelware. Umso drängender stellt sich die Frage, wie das begehrte Gut gerecht verteilt und das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung verwirklicht werden kann. Von Gabriela Neuhaus.



Im Gegensatz zu diesen Menschen an einer Wasserpumpe im Südsudan haben noch immer 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser

Der weltweite Wasserkonsum hat sich in den letzten 50 Jahren verdreifacht. Die steigende Nachfrage, bei knapper werdenden Ressourcen, verspricht Milliardenengeschäfte. Die Schweizer Investmentgesellschaft SAM schätzt in ihrer Studie «Zukunftsmarkt Wasser», dass für die Bereitstellung, Aufbereitung und Reinigung von Wasser jährlich über 480 Milliarden US-Dollar ausgegeben werden.

Allerdings ist Wasser kein x-beliebiger Rohstoff, mit dem auf Kosten der Menschen Geschäfte gemacht werden können. Wasser ist die Grundlage jeglichen Lebens und muss für alle zugänglich sein. Seit 2010 ist dies in der UNO-Resolution über das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung rechtlich verankert. Ein Postulat, das von den Industriestaaten und Wirtschaftskreisen lange bekämpft worden war.

Heute ist dieses Menschenrecht unbestritten. Trotzdem haben nach wie vor 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, gut ein

Drittel der Weltbevölkerung verfügt nicht über genügend sanitäre Einrichtungen. Angesichts des massiven Drucks auf die Wasserreserven, dürfte sich die Situation in den kommenden Jahren verschärfen.

Wasser als Ganzes schützen

Die Schweizer Wasserexpertin Rosmarie Bär, die bereits in den 1990er-Jahren die Initiative für eine internationale Wasserkonvention lanciert hatte, stellt klar: «Wasser muss als Ganzes geschützt werden – sonst kann das Menschenrecht nicht erfüllt werden.» Und François Münger, bei der DEZA verantwortlich für den Bereich Wasser, führt aus: «Die Wasserkrise fordert das Engagement aller Akteure. Dazu gehören internationale Organisationen, NGOs, die öffentliche Hand, die Wissenschaft und die Privatwirtschaft.»

Im Rahmen des Globalprogramms Wasser hat sich die DEZA deshalb zum Ziel gesetzt, den Dialog



Sven Torfinn/afp

Die Wasserkrise

Die Übernutzung von Wasserreserven, Umweltverschmutzung und Klimawandel sind nur drei Faktoren, die in den kommenden Jahren zu einer weiteren Verschärfung der Wasserkrise führen werden. Klima- und Wasserexperten gehen davon aus, dass ohne drastische Gegenmassnahmen im Jahr 2025 zwei Drittel der Weltbevölkerung in Regionen leben, die unter Wassermangel leiden. Vom weltweiten Wasserverbrauch schlägt die Siedlungswasserwirtschaft allerdings gerade mal mit 8 Prozent zu Buche. 70 Prozent fließen in die Landwirtschaft, 22 Prozent in die Industrie. Vor dem Hintergrund der schwindenden Wasserreserven steht die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung vor einer doppelten Herausforderung: Damit die beschränkt zur Verfügung stehenden Ressourcen für alle reichen, braucht es dringend einen sorgfältigeren Umgang und eine nachhaltigere Nutzung des kostbaren Rohstoffs Wasser.

zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu fördern. Zudem will man mit neuen Ansätzen Bewegung in die Wasserproblematik bringen. Eine Studie soll zeigen, wie mit Wassergutschriften, analog den Klimazertifikaten, ein Beitrag zur Reduktion der weltweiten Wasserverschwendung geleistet werden könnte.

In Kolumbien und Vietnam berät die DEZA Schweizer Unternehmen wie Nestlé oder Holcim und nationale Firmen methodologisch bei der Erfassung und Reduktion des «Wasserfussabdruckes» im Betrieb ihrer Anlagen und der gesamten Wertschöpfungskette. Diese DEZA-Investition (1 Prozent des DEZA-Gesamtwasserbudgets) in Beratungsdienstleistungen für die Industrie und nationale Institutionen wird ergänzt durch die Unterstützung der Entwicklung einer Water-Footprint ISO-Norm unter Schweizer Leitung. Solche Partnerschaften mit der Privatwirtschaft sind allerdings umstritten. «Steuergelder und der gute Ruf der DEZA dürfen nicht für die Unterstützung multinationaler Firmen missbraucht werden», kritisiert Nicole Werner, die bei Alliance Sud das Dossier Wasser betreut.

Öffentliche kontra private Wasserversorgung

Besonders unter Beschuss steht privatwirtschaftliches Engagement bei der Bereitstellung von Trinkwasser. «Wasserversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, die nicht in die Hände von gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Unternehmen gehört», sagt die kanadische Menschenrechts- und Wasseraktivistin Maude Barlow, die 2005 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden ist. In der Vergangenheit sorgten Misswirtschaft und Korruptionsfälle, in die internationale Konzerne der Wasserwirtschaft involviert waren, wiederholt für negative Schlagzeilen, die allerdings von den verschiedenen Akteuren unterschiedlich interpretiert werden. Fakt ist: Private müssen Profit erwirtschaften, während Unternehmen der öffentlichen Hand die Einnahmen aus den Wassergebühren vollumfänglich in den Ausbau und Unterhalt ihrer Betriebe investieren können.



Bernd Jochen/afp

Neben öffentlichen Wasserversorgern (links in Kenia) bekunden auch multinationale Konzerne Interesse am Menschenrecht auf Wasser

Trotzdem fördert die Weltbank weiterhin öffentlich-private Partnerschaften – sogenannte PPP – im Wasserbereich. Dabei behält der Staat die Oberaufsicht über das Wasser, während die Wasserversorgung an Private ausgelagert wird.

«Wir sind bloss Ausführende und richten uns nach dem Pflichtenheft und den Tarifbestimmungen unserer Auftraggeber», kontert Gérard Payen, Präsident der internationalen Dachorganisation des privaten Wassersektors Aquafed, die Kritik an PPPs. Der Vorteil einer Partnerschaft mit Privatunternehmen sei, dass diese auf einem verbindlichen Vertrag basiere, was bei öffentlichen Dienstleistern oft nicht der Fall sei.

Regulierung und Kontrolle behalten

«Die Meinung, dass eine Regierung die Wasserversorgung nicht an den Privatsektor delegieren kann, ist ein weitverbreitetes Missverständnis oder eine ideologische Interpretation des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung», sagt François Münger. «Tatsache ist, dass die Regierung Wasserdienstleistungen an Gemeindebehörden, die Zivilgesellschaft oder den Privatsektor abtreten kann, aber immer für deren Regulierung und Kontrolle verantwortlich bleibt.»

Entscheidend sei, wer die Verantwortung trage, bestätigt Urs Manser vom Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches SVGW. Allerdings sieht er im Schweizer Modell, wo der Wassersektor grösstenteils Teil in öffentlicher Hand ist, klare Vorzüge: «Grosse Konzerne haben eine starke Verhandlungs-



Guillaume Bonnifant

Lausanne und 14 weitere Schweizer Gemeinden engagieren sich für eine bessere Wasserversorgung in der mauretani- schen Hauptstadt Nouakchott

macht, der eine einzelne Gemeinde oft nicht gewachsen ist.»

In der Schweiz liegt die Verantwortung für die Sicherstellung der Wasserversorgung bei den Gemeinden. Auch private Versorger sind an das Kostendeckungsprinzip gebunden und dürfen keinen Gewinn machen. Die zentrale Herausforderung liege nicht im technischen Bereich, sagt Manser, sondern in der Organisation einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

«Das Ganze ist nicht zuletzt ein Gouvernanzproblem», sagt auch Rosmarie Bär und fordert, dass die Entwicklungszusammenarbeit darauf fokussiert, die öffentliche Hand beim Aufbau und Betrieb einer effizienten Wasserversorgung zu unterstützen. Und die Menschen über ihre Rechte aufzuklären.

Kritische Verflechtungen

Auch Maude Barlow wünscht sich von Agenturen wie der DEZA, dass diese das Modell der staatlichen Selbstverantwortung weitervermitteln. «Die Schweiz könnte dabei ihr vorbildliches System in Form von öffentlich-öffentlichen Partnerschaften weitergeben», sagt sie. So unterstützt etwa die Stadt Zürich seit Jahren die chinesische Metropole Kunming in direkter Partnerschaft, und Lausanne engagiert sich, gemeinsam mit vierzehn weiteren Gemeinden, für die Verbesserung der Wasserversorgung in der mauretani- schen Hauptstadt Nouakchott. Mit der Solidaritätsplattform Solidarit'Eau Suisse, wo sich Gemeinden für Solidaritätsprojekte im Süden verpflichten können, habe man ein Instrument, sagt

François Münger, das sich für den Ausbau solch direkter Zusammenarbeit bestens eigne.

Grosses Interesse am Menschenrecht auf Wasser bekunden aber auch multinationale Konzerne. Dazu gehören, nebst Unternehmen aus der Wasserwirtschaft, Investmentgesellschaften und Lebensmittel- und Getränkehersteller wie Nestlé oder Coca-Cola. Als Produzenten von Flaschenwasser profitieren letztere allerdings von fehlenden oder maroden Wasserleitungen. Deshalb sind kritische Fragen angebracht, wenn die 2030 Water Resources Group WRG, der u.a. die beiden Konzerne Syngenta und Nestlé angehören, Regierungen von Schwellen- und Entwicklungsländern in Sachen Wasserpolitik berät. Deren Präsident, Nestlé VR-Präsident Peter Brabeck, profiliert sich weltweit als Wasserexperte. Gérard Payen, Präsident von Aquafed und langjähriger Direktor des Wasser- und Umweltkonzerns Suez, ist offizieller Wasserberater von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Mit solchen Engagements wollen die Vertreter der Konzerne einer Umsetzung der UN-Resolution Vorschub leisten, die ihre Geschäftsziele befördert. Umso wichtiger ist es, dass Menschenrechtsorganisationen und Entwicklungsagenturen in solchen Gremien ein Gegengewicht setzen. Damit bei der Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser einer Politik zum Durchbruch verholfen wird, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Und nicht den Profit von Multinationalen und ihren Aktionären. ■

Weltweiter Dialog

Zwar gibt es keine zentrale Instanz, dafür ungezählte Plattformen und Netzwerke, die sich mit der Wasserproblematik beschäftigen. Dabei zieht sich ein tiefer Graben zwischen den Menschenrechts- und Basisorganisationen, die sich für die Anerkennung von Wasser als öffentliches Gut einsetzen und jenen Interessensgruppen, für die Wasser ein Marktobjekt ist. Die Schweiz engagiert sich im internationalen Politikdialog stark für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Auf nationaler Ebene hat die DEZA zudem die Plattform Solidarit'Eau Suisse initiiert, die Schweizer Wasserversorger mit Projekten aus dem Süden verlinkt. Mit ihrer jüngsten Initiative, der Swiss Water Partnership, will sie die verschiedenen Interessensvertreter aus dem Wasserbereich an einen Tisch bringen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von NGOs über Forschungsinstitute bis zu Vertretern der Privatwirtschaft. www.solidariteausuisse.ch www.swisswaterpartnership.ch